

Pressemitteilung **vom 28. September 2023**

Forderungen des Deutschen Richterbundes zum Abschluss der Zukunftskonferenz Justiz des Landes Brandenburg

Am 28. September 2023 werden die Ergebnisse der Zukunftskonferenz Justiz vorgestellt. In dieser Konferenz haben fünf Arbeitsgruppen aus der gesamten Justiz des Landes Brandenburg unter Beteiligung des Deutschen Richterbundes über einen Zeitraum von fast zwei Jahren Lösungen für die zukünftigen Herausforderungen erarbeitet. Themen waren unter anderem Personalgewinnung, Sicherung der Zukunft des mittleren Dienstes, Durchlässigkeit und Wechsel, Entlastung und Unterstützung sowie die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Karriere. Einige der Empfehlungen aus den Arbeitsgruppen wurden bereits konferenzbegleitend umgesetzt. Der Abschlussbericht empfiehlt nun die priorisierte und zeitnahe Umsetzung eines Großteils der Vorschläge.

Hierzu erklärt Katrin Ryl, Vorsitzende des Deutschen Richterbundes Landesverband Brandenburg e. V.:

„Diese Konferenz ist ein Meilenstein in der Geschichte unserer Justiz. Sie hat die Gelegenheit und den Rahmen geboten, uns gemeinsam über die zukünftigen Herausforderungen auszutauschen und innovative Lösungen zu erarbeiten. Die Brandenburger Justiz ist bereit, Veränderungen umzusetzen und dabei die modernsten Technologien und Arbeitsmethoden zu nutzen, um den Bürgerinnen und Bürgern einen zeitgemäßen Service zu bieten.

Aber: Veränderungen benötigen neben dem Willen zur Veränderung vor allem Zeit und Personal. Sie können nicht nur nebenbei – neben dem ohnehin schon sehr hohen Arbeitspensum – gestemmt werden. Deshalb ist es eine der wichtigsten Aufgaben der nahen Zukunft, Personal zu gewinnen und zu halten. Daher begrüßt der Richterbund, dass nun endlich ein umfassendes Personalentwicklungskonzept in Angriff genommen wird, in das hoffentlich die in den Arbeitsgruppen gefundenen Ergebnisse einfließen werden.

Das beste Personalentwicklungskonzept, der modernste Arbeitsplatz nützen aber nichts, wenn wir nicht das geeignete Personal für die Vielzahl der Aufgaben finden. Der Richterbund fordert daher nachdrücklich, die Besoldung

für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Brandenburg auf ein gerechtes und konkurrenzfähiges Niveau zu heben. Politik und Gesetzgeber müssen die eindeutige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und die erneute Mahnung der Europäischen Kommission in ihrem Bericht über die Rechtsstaatlichkeit in Europa endlich ernst nehmen!

Nicht zuletzt ist für die Zukunft der Justiz auch die Stärkung und Sicherung ihrer Unabhängigkeit unerlässlich. Wir dürfen politische Einflüsse auf die Entscheidungen unserer Gerichte niemals zulassen. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Rechtsstaatlichkeit ist zu bewahren. Wichtig dafür ist auch eine Reform des Brandenburgischen Richtergesetzes. Wir appellieren eindringlich an die politischen Entscheidungsträger, die vorgelegten Reformvorschläge des Deutschen Richterbundes entschlossen umzusetzen.“

Katrin Ryl